

Von der Leyen will Firmen zum Mindestlohn zwingen

Einer von zehn Arbeitgebern hat 2009 gegen den Mindestlohn verstoßen. Die Arbeitsministerin will schärfere Kontrollen.

Von Stefan von Borstel

Jeder zehnte überprüfte Arbeitgeber am Bau und in der Gebäudereinigung hat im vergangenen Jahr gegen die Mindestlohnregelung verstoßen. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. Nach den Zahlen des Ministeriums wurden mehr als 14.000 Arbeitgeber in der Bauwirtschaft überprüft, gegen 1445 wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Unter den Gebäudereinigern verstießen 203 von rund 2100 Arbeitgebern gegen die Mindestlohn-Regelungen.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen kündigte schärfere Kontrollen an: „Wenn wir gemeinsame Regeln verabredet haben, dann müssen diese Regeln auch eingehalten werden“, sagte die CDU-Politikerin. „Es muss dann auch konsequenter kontrolliert und geahndet werden, wenn Regeln nicht eingehalten werden.“ Schärfere Sanktionen erwägt die Ministerin dagegen nicht. „Das Problem liegt eher in der Frage, diejenigen zu finden, die die Mindestlöhne unterlaufen“, sagte sie. Die Zahlen zeigten, dass Mindestlöhne „punktuell“ unterlaufen würden. Die Gewerkschaft IG Bau klagte dagegen, das Unterlaufen von Mindestlöhnen habe Prinzip. „Wenn die Mindestlöhne effizient überwacht werden sollen, führt an zusätzlichem Personal beim Zoll kein Weg vorbei“, sagte IG-Bau-Chef Klaus WieseHügel. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls ist mit 6400 Mitarbeitern für die Überwachung der korrekten Bezahlung und die Suche nach Schwarzarbeitern und illegal Beschäftigten zuständig. WieseHügel forderte 4800 zusätzliche Kontrolleure. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die verbindlichen Branchenmindestlöhne in Deutschland zum wirkungslosen Papiertiger verkommen würden. Die Mehrkosten beim Personal könnten durch die zu erwartenden Zusatzeinnahmen bei den Bußgeldern kompensiert werden.

Eine deutliche Aufstockung der Kontrolleure forderte auch die grüne Sozialpolitikerin Beate Müller-Gemmeke, die die Anfrage gestellt hatte. Viele Mindestlohn-Branchen würden offenbar noch gar nicht kontrolliert. Sie rief die Bundesregierung auf, mehr Augenmerk auf die Durchsetzung der beschlossenen Mindestlöhne zu legen. Der Staat habe den Beschäftigten gegenüber auch eine Schutzfunktion. Aus Unwissenheit und auch aus Angst um den Arbeitsplatz verzichteten viele Menschen auf den ihnen zustehenden Lohn. „Wenn ich aufmucke, fliege ich raus“ – diese Furcht sei gerade im Niedriglohnsektor weit verbreitet, meinte die Grünen-Politikerin.

Nach Angaben des Ministeriums arbeiten in den Branchen mit Mindestlohn rund 2,1 Millionen Menschen, die meisten davon am Bau (700.000) und als Gebäudereiniger (800.000). Am 1. August wird die Pflegebranche mit weiteren 800.000 Beschäftigten hinzukommen. Ministerin von der Leyen strebt auch für die Zeitarbeit eine gesetzliche Lohnuntergrenze an. In der rasch wachsenden Zeitarbeitsbranche gab es 2009 rund 650.000 Beschäftigte.

IG-Bau Chef WieseHügel sagte, die Zahl der Branchen, in denen ein Mindestlohn vereinbart worden sei, habe sich seit 2005 verdoppelt. Die Zahl der Kontrolleure sei dagegen nahezu gleich geblieben. Neben der Mindestlohn-Kontrolle fordere insbesondere auch die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und organisierter Schwarzarbeit einen hohen Personaleinsatz. Allein damit habe die FKS auf den mehr als 60.000 Baustellen in Deutschland schon alle Hände voll zutun. Dazu kämen noch Branchen wie die Gebäudereinigung und die Pflege, bei denen die Überwachung von Lohnuntergrenzen extrem zeit- und personalintensiv sei. Allein im Reinigungsgewerbe würden täglich bis zu vier Millionen Objekte geputzt.

Auch die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) forderte erneut zusätzliche Ermittler beim Zoll. „Wenn die Bundesregierung tatsächlich wirksame Kontrollen für die Einhaltung der Mindestlöhne garantieren will und sie nicht nur als politisches Feigenblatt betrachtet, muss sie das erforderliche Personal zur Verfügung stellen“, erklärte BDZ-Chef Klaus Leprich. Das Bundesfinanzministerium wies die Forderung der Gewerkschaft zurück. „Ich habe keine Erkenntnisse, dass die Prüfungen lückenhaft wären“, sagte ein Sprecher. Klagen über eine personelle Unterbesetzung seien aus vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu hören.